

**Erstellt:** 24. April 2017 08:55:25

**Geändert:** 24. April 2017 08:56:23

**Notizbuch:** Parlament

**Schlagwörter:** CVP

**Quelle:**

<http://bazonline.ch/schweiz/standard/wir-muessen-selbstbewusstsein-entwickeln/story/31088995>

---

**«Wir müssen Selbstbewusstsein entwickeln»**

**«Wir müssen Selbstbewusstsein entwickeln»**



Gerhard Pfister (54) vor dem Denkmal für Adrian von Bubenberg, Sieger der Schlacht bei Murten. Bild: Christian Merz

Basler Zeitung, 22.04.17, Interview von Dominik Feusi

**BaZ: Herr Pfister, Sie haben die Energiestrategie vor zwei Jahren eine «ruinöse Planwirtschaft» genannt. Befürworten Sie nun die Vorlage?**

**Gerhard Pfister:** Ja. Was ich immer abgelehnt habe, ist ein überhasteter Ausstieg aus der

Kernenergie. Das Parlament hat die Vorlage in diesem und anderen Punkten verbessert.

**Doris Leuthards Schwenker in der Energiepolitik hat der [CVP](#) schon 2011 bei den Wählern nichts geholfen.**

Das zeigt nur, dass sie und wir es nicht wegen den Wahlen machen.

**Gibt es noch einen Leuthard-Effekt?**

Dieser Effekt wurde von den Medien herbeigeschrieben. Frau Leuthard ist seit langem die populärste Bundesrätin, aber das wirkt sich nicht auf die Wahlergebnisse der Partei aus. Die Bevölkerung macht einen Unterschied zwischen der Person und ihrer Partei. Die CVP muss sich in einem guten Sinn von ihrer Bundesrätin emanzipieren und ein eigenständiges Profil haben.

**Das Anbiedern der CVP bei Links-Grün hat der Partei noch nie geholfen.**

Es hat auch nicht geholfen, wenn sich die Partei bei der SVP anbiedert hat. Der Grundfehler ist nicht, mit wem wir Mehrheiten bilden, sondern dass wir zu wenig klar machen, was wir selber wollen. Natürlich ist es die Aufgabe einer Zentrumspartei, Brücken zu bauen. Wenn wir zu stark darauf schauen, was die anderen wollen ohne klar zu wissen, was wir selber wollen, dann kann man von Anbiedern reden. Aber in den letzten Monaten haben wir zuerst innerparteilich Positionen festgelegt und sind erst dann in die Debatte gegangen.

**Denken Sie da auch an die Reform der Altersvorsorge?**

Ja.

**Genau da hat sich die CVP hinter den Kulissen einer von SP-Bundesrat Alain Berset und SP-Ständerat und Gewerkschaftsboss Paul Rechsteiner ausgetüftelte Vorlage angeschlossen.**

Nein, die Reform ist das, was die CVP wollte. Ich bin der Überzeugung, dass wir in der Sozialpolitik keine Abstimmung gewinnen, ohne die Linke einzubinden. Es gibt andere Fragen, wo man die Rechte einbinden muss. Was wäre passiert, wenn wir die Position vom Ständerat nicht durchgehalten hätten? Man hätte uns als «wankelmütig» bezeichnet.

**Sie argumentieren mit Abstimmungstaktik. Eine eigene, christdemokratische Altersreform ist es nicht.**

Doch.

**Der Ausbau der ersten Säule erinnert an die Forderung von ganz Links nach einer Volkspension von Anfang der siebziger Jahre. Das hat die CVP bekämpft.**

Das kann man nicht vergleichen. Eine reine Abbauvorlage bringen sie nicht durch. Das Volk hat zu Recht den Eindruck, dass man für alles immer mehr ausgibt, aber ausgerechnet bei der Rente kein Ausbau, nicht einmal eine Kompensation drinliegt. Man muss sich am politisch Machbaren orientieren, zumal in der direkten Demokratie der Schweiz. Ich habe aber nie behauptet, dass die Reform alle Probleme löst. Es ist ein erster Schritt.

**Sie sind der erste CVP-Präsident seit Jahrzehnten, der von der Freiheit des Einzelnen spricht. Aber wenn es darauf ankommt, setzen sie doch auf den Staat als Kindermädchen der Nation.**

Sie dürfen Freiheit nicht mit Staatenlosigkeit gleichsetzen. Das wäre ein Irrtum. Freiheit leitet sich aus der Würde des Menschen ab, das ist ein christdemokratischer Grundsatz.

Im Gegensatz zu den Liberalen ist es für einen Christdemokraten aber wichtig, die Solidarität, die Verantwortung, mitzudenken. Wir verherrlichen den Staat nicht und sind dagegen, ihn auszubauen, wie die SP, aber seine soziale Funktion muss er wahrnehmen.

**Solidarität ist aber für einen Christen immer zuerst private, persönliche Solidarität, nicht staatliche Solidarität.**

Das ist richtig. Wir sind immer zuerst für föderalistische Regelungen möglichst nahe bei den Bürgern. Aber weil die Wahrnehmung einer Partei national ist, gibt es einen Anreiz, nationale Lösungen vorzuschlagen. Ich will die CVP wieder zu einer föderalistischen Partei machen.

**Ist der Staat heute zu gross?**

Es gibt eine Tendenz in der Schweiz zu vergessen, wo eigentlich unser Wohlstand herkommt. Wir sind zu sehr damit beschäftigt, den Reichtum zu verteilen, als zu ermöglichen, Reichtum zu erwirtschaften. Da müssen wir neue Akzente setzen. Das will ich auch in der CVP anstossen.

**Wie wollen sie das?**

Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen muss man von Regulierung befreien.

**Das wollen alle.**

Richtig. Im Konkreten machen dann alle Fehler. Es braucht viel mehr Leute aus solchen Unternehmen, die in die Politik einsteigen. Das vermisse ich auch in der CVP. Das zweite Problem ist, dass die Verwaltung, wenn überhaupt, zu stark darauf schaut, was die grossen Firmen einer Branche wollen. Und manchmal fehlt es auf bürgerlicher Seite, am Mut, auf ein Gesetz zu verzichten.

**Ist das der Grund, weshalb es mit dem Schulterschluss zwischen SVP, FDP und CVP nicht klappt?**

Der Begriff «Schulterschluss» stammt von den Vorgängern der heutigen Präsidenten der drei bürgerlichen Parteien. Petra Gössi und Albert Rösti habe ich von Anfang an gesagt, dass wir zwar zusammenarbeiten, aber keine vollmundigen Ankündigungen von einem Schulterschluss mehr machen. Ich will eine Trendwende in der bürgerlichen Zusammenarbeit, aber die braucht Zeit.

**Sie wollten vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik etwas gemeinsam erreichen.**

Da scheint es mir am einfachsten. Bei der Unternehmenssteuerreform hat es fast zu gut geklappt. Das Volk hat es nicht gerne, wenn sich «die in Bern oben» zu schnell einig sind. Der Volksentscheid ist eine Warnung.

**Sie wollen nicht nur eine bürgerliche Trendwende sondern vor allem auch eine bei ihrer Partei.**

Ich muss!

**Damit klappt es bisher nicht. Wie gewinnen Sie Wahlen?**

Das, was die CVP ist und was sie macht, ist gegeben. Vieles von dem, was ich verändere, ist intern und nicht sichtbar. Wir müssen die Arbeit der Partei professionalisieren und schlagkräftiger werden. Es geht um eine neue Profilierung der CVP. Das braucht mehr als ein Jahr. Ich tröste mich damit, dass es zwei Jahre nach dem Amtsantritt von FDP-Präsident Philipp Müller hiess: «FDP im freien Fall».

### **Um zu gewinnen, müssen Sie mobilisieren. Wie mobilisiert die CVP?**

Das ist eine schwierige Frage bei einer Zentrumspartei. Das einzigartige der CVP ist die Verbindung von Werten und Wirtschaft. Wir versöhnen Gegensätze, das macht nur die CVP. Ich gebe zu, dass uns das programmatisch unscharf macht, aber es macht uns unverzichtbar. Gerade in unsicheren Zeiten, wo Koordinaten abhanden gekommen sind, glaube ich, dass die CVP Antworten liefert.

### **Stichwort unsichere Zeiten: Was halten Sie von Donald Trump?**

Das Bashing gegen ihn ist übertrieben. Vieles von ihm stösst mich ab. Aber das war schon vor der Wahl bekannt und er wurde trotzdem gewählt.

### **Das ist das Interessante an ihm.**

Genau. Seine Wahl zeigt für mich zuerst das Versagen der Demokraten, eine glaubwürdige Alternative aufzubauen. Das zeigt mir aber auch, dass wir Europäer Amerika zu stark mit dem gleichsetzen, was an den Küsten passiert – sei es im Osten oder im Westen der USA. Amerika ist vor allem auch das Zwischendrin. Der Mittelstand hat den nicht unberechtigten Eindruck, dass er verliert und dass seine Wirklichkeit nicht den Versprechungen des Establishments entspricht. Es war eine Protestwahl.

### **Gibt es dieses Protestpotenzial auch in der Schweiz?**

Ja, aber einer der grössten Vorteile der direkten Demokratie ist, dass sich Protest in Volksinitiativen und Referenden äussern kann und Themen auf die Agenda kommen, die von der Elite sonst ignoriert werden. Es gibt keine unsinnigen oder unnötigen Initiativen. Und irgendwann ist dann die Frage entschieden.

### **Auch wenn sie dann vom Parlament – wie bei der Masseneinwanderungs-Initiative – nicht umgesetzt wird?**

Auch dann. Sie wissen, dass die CVP eine schärfere Umsetzung wollte, die dem Volkswillen entsprochen hätte. Das Aufkommen populistischer Parteien hat immer auch mit einem Misstrauen, einem Versagen gegenüber den etablierten Parteien zu tun. Ich nehme das sportlich, im Sinne eines Ansporns, besser zu werden, und mir das Vertrauen zu verdienen.

### **Lancieren sie die Debatte um Werte, insbesondere in der Zuwanderungspolitik, um Unzufriedene anzusprechen?**

Die CVP muss zu den Sorgen der Bevölkerung Antworten haben. Mir geht es bei der Wertedebatte um den Rechtsstaat. Es gibt zugewanderte Gruppen in diesem Land, die unsere Gesetze als weniger verbindlich erachten als andere. Wir dürfen die Herausforderung durch die Zuwanderung und den Islamismus nicht unterschätzen. Der Rechtsstaat ist von unserer christlichen Kultur geprägt und das sollten wir sagen.

### **Was hat es für Konsequenzen, wenn jemand den Rechtsstaat verletzt?**

Diese legt der Rechtsstaat fest. Aber dann gibt es das schwierige Feld der Sitten und Gebräuche.

### **Sie meinen zum Beispiel das Händeschütteln.**

Genau, insbesondere einer weiblichen Lehrperson. Man kann nicht ernsthaft verlangen, das in einem Gesetz zu regeln. Und gleichzeitig kann man nicht behaupten, das sei kein Problem, denn dahinter steckt eine Gesinnung, die wir ablehnen. Die Schweiz hat eine ungeheure Integrationskraft, aber wir müssen härter, genauer hinschauen, wie sich jemand integriert. Bei offensichtlicher Unwilligkeit zur Integration müssen wir in der Lage

sein, einen Aufenthaltsstatus zu überprüfen und den Schweizer Pass halt erst dann geben, wenn jemand gewillt ist, ein Mitglied dieser Gesellschaft zu werden. Wir müssen problematisches Verhalten sanktionieren.

### **Also doch ein Handschlag-Gesetz?**

Nein. Aber wir haben die gesetzlichen Grundlagen für Integrationsvereinbarungen. Die müssen wir tatsächlich machen und auch sanktionieren, wenn sie nicht eingehalten werden.

### **Das Problem ist, dass zum ersten Mal Leute in die Schweiz kommen, die sich gar nicht integrieren wollen.**

Genau das ist die Herausforderung für den Westen. Es kommen Migranten, die das Fundament des westlichen Lebensmodells ablehnen. Wenn in Deutschland eine Mehrheit von Türken die liberalen Grundfreiheiten, die sie genießt, den Landsleuten zu Hause entziehen will, dann ist das bemerkenswert. Das zeigt, dass keine Integration, sondern Gettobildung stattgefunden hat.

### **Was tun?**

Wir sind überrascht von dieser Herausforderung. Damit haben wir nach dem Ende des Kalten Krieges nicht gerechnet. Da gab es die Illusion, der Westen habe gesiegt und die ganze Welt werde nun westlich. Die Lösung ist, dass wir uns unserer eigenen Werte, unserer Kultur wieder bewusst werden. Dazu gehört auch die Religion. «Das 21. Jahrhundert wird eines der Religion sein oder wird überhaupt nicht sein», sagte André Malraux und vermutlich hatte er recht.

### **Was folgern Sie daraus?**

Wir müssen ein gesundes Selbstbewusstsein entwickeln. Das hat nichts mit Nationalismus zu tun. Wir müssen merken, dass die Errungenschaften des Westens mehr sind als eine billige Plattform für individuelle Lebensgestaltung. Ich bin bereit, Flüchtlingen Schutz zu bieten, aber mit der gleichen Selbstverständlichkeit erwarte ich, dass sie die hiesigen Regeln vollumfänglich akzeptieren.

### **Anderes Thema: Soll die Schweiz ein Rahmenabkommen mit der EU unterzeichnen, das den EU-Gerichtshof zur Streitbeilegung bezieht?**

Nein. Unter keinen Umständen.

### **Warum?**

Nicht nur, weil es nicht mehrheitsfähig ist. Es würde dem Gedanken der Souveränität der Schweiz widersprechen. Wir sind nicht Mitglied in der EU, deshalb sollen wir Richter der EU nicht akzeptieren. Das muss unsere Landesregierung auch in Brüssel klar machen.

### **Wenn die EU in diesem Punkt nicht nachgibt?**

Dann ist das ihr Entscheid.

### **Dann bleibt nur der Alleingang.**

Die Bilateralen können nicht zurückentwickelt werden. Wir sind der dritt wichtigste Handelspartner der EU. Es ist nicht im Interesse der EU, mit der Schweiz unregelmäßige Verhältnisse zu haben. Die Bilateralen sind ein bewährter Weg, die wichtigsten Fragen zu regeln. Es gibt keine Notwendigkeit, Konzessionen an die EU zu machen.

### **Ursprünglich hat die Schweiz den EU-Gerichtshof vorgeschlagen.**

Ja. Ich habe den Eindruck, dass es in der Regierung stark unterschiedliche Vorstellungen

zu unseren Beziehungen zur EU gibt. Das ist natürlich schlecht für unsere Position. Wir müssen von den Briten lernen, wie sie mit dem Brexit umgehen. Die sind besser in der Lage, die eigenen Interessen zu verteidigen. Wir sollten uns nicht bloss um das gute Gesprächsklima kümmern. Wir sind eine Konsensnation und das ist gut, aber in der Haltung gegenüber der EU ist das ein Nachteil. Mühe macht mir, dass man nie so richtig weiss, wo Aussenminister Didier Burkhalter steht. Das ist nicht gut. (Basler Zeitung)

Erstellt: 22.04.2017, 07:35 Uhr